

HU 278.14

Rufe nach mehr Schutz für Radfahrer

Die Zahl tödlicher Unfälle steigt an. Reichen die Pläne von Verkehrsminister Scheuer, um diesen Trend umzukehren?

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Anfang Juni hat Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) seine fahrradgerechte Novelle der Straßenverkehrsordnung präsentiert. Am vergangenen Mittwoch sind die Pläne für mehr Sicherheit in die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung gegangen. Die Zeit drängt. Weil immer mehr Fahrradfahrer tödlich verunglücken.

Wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag mitteilte, kamen von Januar bis Mai 158 Radfahrer ums Leben, das waren 16 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. 2018 starben 445 Radler bei einem Unfall, die höchste Zahl seit 2009. Insgesamt verunglückten 88.850 auf deutschen Straßen. Die neuen, als unfallträchtig geltenden E-Scooter sind in der Statistik noch nicht mit drin. Sie werden erst von 2020 an erfasst.

Verbände und Opposition erhöhen nun den Druck auf den Minister. Der Bundesgeschäftsführer des Fahrradclubs ADFC, Burkhard Stork, sagte, Deutschland müsse „einen Zahn zulegen beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur, sonst werden wir ständig solche Hiobsbotschaften bekommen“. Die Wege für Radfahrende seien „nach wie vor erbärmlich. Gleichzeitig ist

mehr Radverkehr als Lösung für unsere verstopften Städte ja hoch erwünscht“. Das passe nicht zusammen, so Stork.

Dringend notwendig seien daher schnelle Ausbauprogramme für geschützte Radwege an Hauptachsen und für geschützte Kreuzungen. Auch die Grünen forderten Scheuer auf, zu liefern. „Die Erhöhung der Bußgelder für Falschparker in zweiter Reihe muss endlich kommen, so dass diese Gefahrenquellen in Zukunft abnehmen“, erklärte Fraktionsexpertin Daniela Wagner. Zusätzlich seien Sicherheitszonen an Straßenkreuzungen notwendig, um Lkw-Abbiegeunfälle zu verhindern.

Bislang sehen Scheuers Pläne unter anderem einen Mindestüberholabstand von 1,5 Metern innerorts und zwei Metern außerorts für Fahrzeugführer vor, wenn sie Radfahrer überholen. Bisher schreibt die Straßenverkehrsordnung nur einen „ausreichenden Seitenabstand“ vor. Immer wieder werden Radler von rechtsabbiegenden Lkw überrollt. Die Schrittgeschwindigkeit beim Abbiegen – sieben bis elf Stundenkilometer – soll dies verhindern. Wer sich nicht daran hält, dem droht ein Bußgeld von 70 Euro. Zudem sollen mit einem neuen Verkehrszeichen an Engstellen Überholverbote angeordnet werden.